

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Risiken vermeiden – unerwünschte Investments systematisch ausschließen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Die Anlagerichtlinien des Landes Berlin um das Instrument der Negativliste zu erweitern, um die Ziele des Landes Berlin zu unterstützen und etwaigen Reputationsrisiken systematisch zu begegnen.
2. Eine einheitliche Stelle zu benennen, welche die Erstellung der Negativliste nach vorher festgelegten Kriterien verantwortet und die Koordination mit den beteiligten Abteilungen, Unternehmen oder Stiftungen vornimmt.
3. Die erarbeitete Negativliste verbindlich für alle Beteiligungsunternehmen und Stiftungen des öffentlichen Rechts einzuführen, bei welchen das Land Berlin einen maßgeblichen Einfluss besitzt.
4. Änderungen an der Negativliste dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu geben.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.03.2016 über die Umsetzung zu berichten.

Begründung

Negativlisten für Investments sind bereits heute in der privaten Wirtschaft weit verbreitet und akzeptiert. Ihr Anwenderkreis erstreckt sich von Staatsfonds über multinationale Konzerne bis hin zu karitativen Organisationen. Es handelt sich hierbei um eine Auflistung von Kriterien, welche eine Anlage in Vermögenstitel, die den Belangen der Ethik, der sozialen Verantwortung sowie ökologisch nachhaltigen Aspekten widersprechen, verhindern sollen. Negativlisten

bilden somit eine sinnvolle Ergänzung der Anlagepolitik und Anlagerichtlinien von einzelnen Organisationen und verringern deren Reputationsrisiken.

Das Land Berlin ist somit aufgerufen, sich gegen solche Risiken dahingehend zu schützen, dass Investments in Anlagen, welche den politischen Zielen des Senats widersprechen, systematisch vermieden werden. Zu denken wäre hier beispielsweise an Investments in Anbieter fossiler Brennstoffe, während sich der Senat in seiner Senatsklausur vom 5. Mai 2015 zu den klima- und energiepolitischen Zielen der Energiewende bekannt hat. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass sich ein Ausschluss von Investments nicht nur auf ökologische, sondern ebenso auf ethische oder soziale Ziele beziehen sollte.

Der Senat ist somit aufgefordert, in einem ersten Schritt die Erstellung einer Negativliste zu initiieren, aus welcher eindeutig hervorgeht, welche Arten von Investments in der Zukunft ausgeschlossen werden sollen. Diese Liste muss ebenso verbindlich für alle Unternehmen gelten, an denen das Land Berlin beteiligt ist und dabei einen maßgeblichen Einfluss besitzt, sowie für alle Stiftungen des öffentlichen Rechts für die das Gleiche gilt. Sollten sich innerhalb des Landes Berlin oder den genannten Beteiligungsunternehmen bzw. Stiftungen Investments befinden, die den Vorgaben der Negativliste widersprechen, sind für diese verbindliche Vorschläge zu unterbreiten, bis wann und auf welchem Wege man sich in einem ökonomisch sinnvollen Maß von ihnen trennen kann. Hierzu ist ein koordiniertes Handeln erforderlich, um etwaigen Reputationsrisiken glaubhaft begegnen zu können. Der Senat ist daher aufgerufen, eine zentrale Stelle zu benennen, welche die Erstellung und Verteilung der Negativliste verantwortet.

Berlin, den 24.11.2015

Mayer Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion